



Presseinformation

Mölln, 16. Mai 2022

Kreisjägerschaft Herzogtum-Lauenburg zur umfangreichen Sanierung des Schießstands „Waldhof“, Mölln bereit

Das Gutachten der Stadt Mölln für den Schießstand „Waldhof“ hat keine Notwendigkeit zur Sanierung festgestellt. Die Kreisjägerschaft Herzogtum Lauenburg ist trotzdem bereit umfangreich in die Sanierung und den Lärmschutz zu investieren. Der Schießstand ist zur Ausbildung von Jungjägern und zum Üben für Jäger und Förster des Kreises laut Aussage der Landesregierung und des Kreises alternativlos. Neue Schießzeiten, Lärmschutz- und Sanierungsmaßnahmen würden die Belastung der Möllner Bürger auf ein Minimum reduzieren und der Stadt erhebliche Kosten sparen. Die Jägerschaft hofft aufgrund dieser freiwilligen und umfangreichen Maßnahmen auf eine Einigung mit der Stadt Mölln und führt dazu Gespräche mit Verwaltung und Politik.

Das durch die Stadt Mölln in Auftrag gegebene Gutachten zur Belastung des Schießstands „Waldhof“, Mölln hat festgestellt, dass eine Verunreinigung des Grundwassers mit Blei, Arsen und Antimon NICHT vorliegt und auch in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten ist. Laut Gutachten und Einschätzung der Unteren Bodenschutzbehörde gibt es keine Sanierungsnotwendigkeit. Das noch vor Jahren vermutete Gefährdungspotenzial besteht nicht.

Die Kreisjägerschaft Herzogtum Lauenburg e.V. (KJS) ist dennoch zur umfangreichen Sanierung bereit. Hierfür wird ein Millionenbetrag angeboten, der sowohl für die Flächensanierung als auch den Schallschutz aufgewendet werden soll, um den Betrieb des Schießstandes für die Jäger und Förster des Kreises zu erhalten. Die Sanierungsabsicht wird vom Land Schleswig-Holstein und den zuständigen Ministerien finanziell unterstützt. Bernd Karsten, Vorsitzender der Kreisjägerschaft (KJS) sagt dazu: „Es freut uns sehr, dass das Gutachten unsere Vermutung bestätigt hat. Wir sind trotzdem auf freiwilliger Basis bereit ein Sanierungskonzept umzusetzen, das die Lärmbelastung der Einwohner von Mölln auf Gesprächslautstärke reduziert und auch eine Bodensanierung vorsieht.“ Das neue Konzept für den Schießstand sieht neben der Modernisierung und Sanierung auch die detaillierte Abstimmung der Schießzeiten vor, um für die Besucher und Bürger der Stadt Mölln kaum wahrnehmbar zu sein.

Daniel Grave, Stellvertretender Vorsitzender der KJS ergänzt: „Das Sanierungskonzept hat die volle Unterstützung der Landesregierung, weil die Notwendigkeit für das Üben und die schießtechnische Ausbildung der Jäger und Förster im Kreis besteht und an keinem anderen Ort im südlichen Schleswig-Holstein erfolgen kann.“ Dass es keinen alternativen Standort gibt, hat eine Erkundung durch offizielle Stellen ergeben. Dieses ist auch ein Grund, warum sich das durch Die Grünen geführte Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (MELUND) für den Erhalt und die Sanierung ausspricht und diese fördert.



Henning Rossa, Schriftführer der KJS erklärt: „Die Finanzierung der Sanierung des Schießstandes könnte bei Verlängerung des Pachtvertrags mit der KJS vollständig durch Mittel des Landes und der Kreisjägerschaft gedeckt werden und so die finanzielle Situation der Stadt Mölln entlasten. Die Idee einiger Stadtvertreter von SPD und Die Grünen eine Sanierung auf Kosten der Stadt Mölln vorzunehmen und damit dem Möllner Bürger aufzubürden, wäre eine nicht nachvollziehbare Steuerverschwendung und bestimmt nicht klimaneutral.“ Bernd Karsten ergänzt dazu: „Die KJS ist an konstruktiven Planungsgesprächen mit der Stadt und der Politik weiterhin sehr interessiert und hätte wenig Verständnis, wenn einzelne Parteien aus ideologischen und wohl auch persönlichen Erwägungen einem der größten und aktivsten Naturschutzverbänden des Kreises Steine in den Weg legt und damit die wichtige Aus- und Weiterbildung der Jäger und Förster im Kreis behindert.“

Mit dem SPD-Antrag zur Forst- und Grünflächen Ausschusssitzung am 16.5.2022 (<https://www.moelln.de/buergerservice-politik/organe-gremien/ausschuesse>) verlässt die SPD die bisherige Linie des konstruktiven Bemühens um eine realistische Lösung der Herausforderungen auf dem Schießgelände „Waldhof“. Sie kündigt damit die lösungsorientierte Zusammenarbeit der letzten drei Jahre mit der Kreisjägerschaft auf. Sollte diesem Antrag zugestimmt werden, hätte dieses nicht nur negative Auswirkungen auf den Klimaschutz, sondern würde zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Mölln führen.

So würde nach Berechnungen der Kreisjägerschaft CO₂ Mehrbelastungen von 12 t jährlich anfallen (Mehrbelastung durch Fahrten zu 80 km entfernten Schießständen, siehe Berechnung anbei). Die Sanierungs- bzw. Entsorgungskosten von ca. 1 bis 1,5 Mio. Euro wären durch die Stadt Mölln zu tragen, wenn eine (gesetzlich nicht notwendige) Sanierung entschieden werden sollte. Nach derzeitiger Rechtslage kann die Kreisjägerschaft nicht zur Übernahme dieser Kosten verpflichtet werden.

Der Antrag der SPD, zeigt einmal mehr, wie wenig die SPD-Fraktion in der Sache informiert und leichtfertig bereit ist, auf Kosten Ihrer Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen durchzusetzen, die weder rechtlich umsetzbar sind noch zu einer wirtschaftlich sinnvollen Nachnutzung des Geländes führen können. Mit der Zustimmung zum Antrag der SPD würde das Gelände des Schießstands zum dauerhaft abgeäunten Sperrgebiet. Der Antrag entzieht das Gelände indirekt der weiteren Nutzung, die bisher Naturschutzzwecken diente, denn Jagd ist angewandter Naturschutz und das Üben mit der Waffe gesetzliche Pflicht für die Jäger und Förster im Kreis.

Zum Absender Der Presseinformation.

Die Kreisjägerschaft Herzogtum Lauenburg im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V. hat als einer der größten Vereine des Kreises über 1.200 Mitglieder und ist anerkannter Naturschutzverband. Die Kreisjägerschaft unterstützt alle gesetzlichen Pflichten zur Jagd auf



einer Revierfläche von über 111.000 ha in unserem wild- und artenreichen Kreis. Die Jagd ausübung ist ein wichtiger Teilbereich der Kreisjägerschaft. Zu ihrem engagierten Handwerk gehört im Kreis aber auch die Wildschadensverhütung, Jungwildrettung, Verkehrsfallwildprävention und -entsorgung, Seuchenbekämpfung (z.B. ASP und Tollwut), Biotopverbesserungen, Greifvogelschutz, Unterstützung des Wolfsmanagements, Hundeausbildung, Wildtierkataster, Wisent Gehege und nicht zuletzt die Schulung des Naturschutzes bei unseren Bürgerinnen und Bürgern.

Für den weiteren Austausch zum Thema steht der Vorstand der Kreisjägerschaft zur Verfügung:

Vorsitzender:

Bernd Karsten

Görlitzer Ring 5a

23879 Mölln

b.karsten@kjs-herzogtum-lauenburg.de

Stellv.Vorsitzender:

Daniel Grave

Rögen 3

23863 Nienwohld

d.grave@kjs-herzogtum-lauenburg.de

Schriftführer:

Henning Rossa

Söhren 3

23909 Söhren

h.rossa@kjs-herzogtum-lauenburg.de



Anlage zur Berechnung der Mehrbelastung durch CO2:

Berechnung des zusätzlichen CO2 Ausstoßes bei Schließung des Schießstandes Mölln	
Es muss davon ausgegangen werden, dass mit der Novelierung des Bundesjagdgesetzes der verpflichtende Schießnachweis für Jäger eingeführt wird. Diese Regelung würde für jeden Jäger den 2-3 maligen Besuch eines Schießstandes pro Jahr erforderlich machen.	
Annahmen zur Berechnung:	
1.900 Jäger im Kreis	
27,6 durchschnittliche Entfernung (in km) zum Schießstand in Mölln für jeden Jäger des Kreises	→ kürzeste Strecke
80 durchschnittliche Entfernung (in km) zu einem alternativen Schießstand in Norddeutschland für jeden Jäger des Kreises	34 Geesthacht - Mölln
52,4 Differenz (in km)	32 Schöneberg - Mölln
0,5 durchschnittlich Fahren 2 Jäger zusammen	20 Groß Grönau - Mölln
2 durchschnittlich 2 Besuche pro Jahr, um Schießnachweis zu erlangen (alle drei Jahre) und dafür zu üben	17 Klein Zecher - Mölln
99.560 Mehrkilometer durch die Entscheidung zur Abschaffung des Schießstands in Mölln / Jahr	35 Lauenburg - Mölln
0,1187 durchschnittlicher CO2 Ausstoß eines PKWs pro km in kg, Stand 2021 (Quelle: Statista.de)	27,6 Mittelwert
11.818 ca. 12 t mehr CO2 Ausstoß pro Jahr falls dem Antrag der SPD zugestimmt wird	